

des Deutschen Bundesjugendrings zur Corona-Aufarbeitung mit Fokus auf Kinder und Jugendliche: „Folgen für Bildung, psychische Gesundheit und Teilhabe – Was braucht die Generation nach der Pandemie?“

Die COVID-19-Pandemie hat die Entwicklung junger Menschen in mehrfacher Hinsicht erheblich beeinträchtigt. Die weitreichenden Auswirkungen auf ihre sozialen, psychischen und bildungsbezogenen Lebensbereiche sind bereits gut dokumentiert, jedoch wird die langfristige Dimension dieser Auswirkungen erst jetzt vollständig erkennbar. Angesichts dieser Situation ist es unabdingbar, dass die Aufarbeitung der COVID-19-Pandemie die spezifischen Belastungen junger Menschen systematisch in den Fokus rückt und die damit verbundenen Bedürfnisse und Forderungen junger Menschen ernsthaft berücksichtigt.

Als Deutscher Bundesjugendring, die Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände und Landesjugendringe in Deutschland und Interessenvertretung von über sechs Millionen in Jugendverbänden engagierten jungen Menschen, nehmen wir zu den notwendigen Maßnahmen zur Stärkung junger Menschen nach der COVID-19-Pandemie Stellung. Der Fokus der Stellungnahme liegt bewusst nicht auf einer rückblickenden Analyse, sondern auf konkreten Handlungsempfehlungen, die darauf abzielen, junge Menschen in der Nach-Corona-Phase bestmöglich zu unterstützen. Dabei betonen wir die Notwendigkeit, aus den Erfahrungen der Pandemie zu lernen, um zukünftige politische Entscheidungen in vergleichbaren Krisensituationen im Sinne junger Menschen zu gestalten.

1. Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die außerschulische Bildung

Während der verschiedenen Lockdowns wurden Kinder und Jugendliche im Wesentlichen nur als Schüler*innen, Auszubildende und Studierende adressiert. Der bildungspolitische Diskurs verschob sich im Zuge der Pandemie zunehmend auf die Frage nach aufzuholenden Lerndefiziten im schulischen Kontext, anstatt Bildungsdefizite in ihrer Gesamtheit, also auch in außerschulischen Lebensbereichen, zu adressieren. Dabei ist es entscheidend, die ganzheitliche Perspektive auf die Bildungsprozesse junger Menschen zu wahren, die in der Zeit der Pandemie unter besonders schwierigen Bedingungen ihre Entwicklungsaufgaben bewältigen mussten. Diese beinhalten eben nicht nur die schulische und berufliche Orientierung, sondern auch die sozial-emotionale Entwicklung: die Fähigkeit zur sozialen Handlungsfähigkeit, die Übernahme von Verantwortung für sich und andere, sowie die Verselbstständigung und Selbstpositionierung im gesellschaftlichen Kontext. Für diese Entwicklungsprozesse benötigen junge Menschen, insbesondere in den biographischen Übergangsphasen, den Kontakt zu Peers und Vertrauenspersonen außerhalb des familiären Rahmens. Ebenso essentiell sind Freiräume und Gestaltungsmöglichkeiten, die es ihnen ermöglichen, sich auszuprobieren und ihre Identität in einer sozialen Gemeinschaft zu erproben.

Doch das Recht auf diese unverzweckten Freiräume trat hinter den Pandemieschutzmaßnahmen vollständig zurück. Angebote der Jugendverbände konnten über einen langen Zeitraum hinweg nicht mehr oder nur in sehr eingeschränktem Maße stattfinden: Jugendhäuser, außerschulische Bildungsstätten, offene Treffpunkte und Spielplätze wurden geschlossen, und Gruppenstunden, Ferienfreizeiten, Inter-

nationale Jugendbegegnungen sowie weitere politische, kulturelle und sportliche Aktivitäten der Jugendverbände entfielen ersatzlos.

Für zukünftige vergleichbare Krisensituationen fordert der Bundesjugendring den Bund auf, die außerschulische Bildung und Jugend(verbands)arbeit als unverzichtbare Bestandteile der Bildungslandschaft zu begreifen. Angebote der Jugendverbände müssen als gleichwertige, komplementäre Lern- und Entwicklungsräume zur schulischen Bildung in Krisenzeiten schnellstmöglich wiederhergestellt und unter den gegebenen Schutzmaßnahmen gefördert werden.

Während die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die schulische Bildung bereits umfassend erforscht wurden, mangelt es bisher an vertieften wissenschaftlichen Untersuchungen zu den Folgen der Pandemie-Maßnahmen auf die außerschulische Bildung, insbesondere auf die täglich praktizierte Arbeit in Jugendverbänden. Eine vom Bundesjugendring durchgeführte bundesweite Erhebung¹ zeigt beispielsweise, dass die Pandemie erhebliche Auswirkungen auf die Infrastruktur der Jugendfreizeitmaßnahmen hatte: Mehr als 50% der Befragten berichteten, dass es schwieriger geworden sei, geeignete Freizeiteinrichtungen wie Bildungsstätten oder Zeltplätze zu finden, und 17% der Gruppen, die regelmäßig die gleichen Übernachtungsstätten nutzten, standen mindestens einer dauerhaft geschlossenen Unterkunft gegenüber. Diese Entwicklungen haben die grundlegenden Strukturen der außerschulischen Bildung nachhaltig beeinträchtigt.

Darüber hinaus wurde auch der Rückgang ehrenamtlicher Teamer*innen als eine bedeutende Folge der Pandemie identifiziert. Über 56% der Befragten gaben an, dass sich die Zahl der aktiven Teamerinnen im Vergleich zur Zeit vor der Pandemie verringert hat, was die Durchführung selbstbestimmter Jugendarbeit in den Verbänden erheblich erschwert. Weitere aufschlussreiche Daten liefert die Analyse der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Aus- und Fortbildung zur Jugendleiter*innen-Card (Juleica). Im Zeitraum vom 01.03.2020 bis 31.12.2020 fiel die Zahl der abgeschlossenen Anträge auf eine Juleica um 46%. Auch in den Pandemie Jahren 2020/2021 waren die Antragszahlen deutlich niedriger als in den Jahren 2018/2019.² Auch wenn das Vor-Corona-Niveau inzwischen wieder erreicht ist, macht diese Entwicklung deutlich, dass die zugrunde liegenden Qualifizierungs- und Engagementstrukturen krisenanfällig sind und zeitweise erheblich geschwächt werden können.

Der Bundesjugendring fordert den Bund auf, die Förderung wissenschaftlicher Erhebungen zu den Auswirkungen der Pandemie auf die außerschulische Bildung, insbesondere auf die Jugendverbandsarbeit, zu intensivieren. Solche Untersuchungen liefern entscheidende Erkenntnisse über die kurz- und langfristigen Folgen der Pandemie.

Der Bundesjugendring fordert darüber hinaus, die bereits gewonnenen, wissenschaftlich fundierten Erkenntnisse in konkrete politische Maßnahmen umzusetzen. Es ist dringend erforderlich, in die Infrastruktur von Jugendbildungsstätten sowie in gemeinnützige Freizeit- und Übernachtungsstätten zu investieren, um sicherzustellen, dass diese essenziellen Orte der außerschulischen Bildung nicht

¹ <https://www.dbjr.de/fileadmin/PDFtmp/Jugendreisen/2022-DBJR-Auswertungsbericht-Corona-Freizeit.pdf>

² <https://juleica.de/statistik>

dauerhaft verloren gehen.³ Zudem muss anerkannt werden, dass die Jugendverbände langfristig unter den Auswirkungen der Pandemie-Maßnahmen leiden. Der Bund ist daher insbesondere aufgefordert, die Rahmenbedingungen für selbstbestimmte, ehrenamtlich organisierte Jugendarbeit nachhaltig zu stärken, um ehrenamtliches Engagement in der Jugendverbandsarbeit langfristig abzusichern und zukunftssicher aufzustellen. Dabei ist die Bedeutung des Kinder- und Jugendplans (KJP) als etabliertes, zentrales Förderinstrument für die bundeszentralen Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe besonders hervorzuheben.

2. Teilhabe junger Menschen während und nach der Pandemie

Teilhabe ist ein umfassendes Konzept, das die aktive Mitgestaltung der Gesellschaft durch junge Menschen in allen Lebensbereichen umfasst. Sie schließt das Recht ein, Verantwortung zu übernehmen, Meinungen zu äußern und aktiv an Entscheidungsprozessen teilzunehmen, die sowohl das persönliche Leben als auch die gesellschaftliche Entwicklung betreffen. Die JuCo-Studien der Universitäten Hildesheim und Frankfurt belegen jedoch eindrucksvoll, dass junge Menschen während der Pandemie das Gefühl hatten, von der Politik weder wahr- noch ernst genommen zu werden. Im November 2020 sahen noch 12% der befragten jungen Menschen die „Situation junger Leute“ als politisch relevant an, während dieser Wert im Februar 2023 auf nur noch 6% sank. Noch deutlicher wird der Vertrauensverlust in die politische Wahrnehmung: Nur 8% der Befragten stimmten im November 2020 der Aussage zu, dass „die Sorgen junger Menschen von der Politik gehört“ werden, im Februar 2023 waren es nur noch 4%.⁴ Diese Zahlen verdeutlichen, dass die Corona-Krise nicht nur eine gesundheitliche, sondern auch eine Krise der politischen Teilhabe für junge Menschen war. Einzelne Hearings von jungen Menschen und ihren Interessenvertretungen während und nach der Pandemie können die flächendeckende und strukturelle Beteiligung junger Menschen an den politischen Entscheidungsprozessen, die ihr Leben maßgeblich betreffen, nicht ersetzen. Die Pandemie traf junge Menschen in vielerlei Hinsicht unverhältnismäßig hart. Gleichzeitig machte sie deutlich, dass die politische Teilhabe junger Menschen nicht fest im institutionellen Gefüge von Kommunen, Ländern und dem Bund verankert ist. Auch nach der Pandemie bleibt eine umfassende und strukturierte Beteiligung junger Menschen weiterhin unzureichend und nicht flächendeckend umgesetzt. Besonders bedauerlich ist, dass in der Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der COVID-19-Pandemie keine Vertretung der Interessen junger Menschen berücksichtigt wurde.

Der Bundesjugendring fordert den Bund auf, die politische Teilhabe junger Menschen durch eine strukturelle und krisensichere Verankerung in den institutionellen Prozessen langfristig zu gewährleisten. Hierzu müssen stabile und verbindliche Beteiligungsformate etabliert werden, die es jungen Menschen ermöglichen, kontinuierlich an politischen Entscheidungsprozessen mitzuwirken, nicht nur in Krisenzeiten, sondern als festen Bestandteil der demokratischen Willensbildung. Fachstellen mit umfassender Expertise, wie die Fach- und Koordinierungsstelle Jugendbeteiligung beim Bundesjugendring⁵, sind in diesem Prozess gezielt einzubeziehen, um qualitätsgesicherte und nachhaltige

³ <https://www.dbjr.de/artikel/bundesjugendring-fordert-umfassendes-investitionsprogramm-fuer-jugendbildungsstaetten>

⁴ <https://hilpub.uni-hildesheim.de/server/api/core/bitstreams/bd4f68ee-1af3-4b1a-a4fe-6a12e3fed5cd/content>

⁵ <https://www.dbjr.de/fach-und-koordinierungsstelle-jugendbeteiligung>

Beteiligungsstrukturen zu schaffen, die auch unter außergewöhnlichen Bedingungen zuverlässig funktionieren.

3. Psychische Gesundheit junger Menschen während und nach der Pandemie

Die psychischen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf junge Menschen sind durch zahlreiche Studien belegt. Die COPSY-Studie verdeutlicht, dass die Lebensqualität der Jugendlichen zu Beginn der Pandemie 2020 erheblich sank, sich jedoch in den Jahren 2022 und 2023 wieder erholte. Trotz dieser Erholung berichten nach wie vor 22 % der jungen Menschen von einer verminderten Lebensqualität, was etwa sieben Prozentpunkte über dem Niveau vor der Pandemie liegt. Auch das Gefühl der Einsamkeit, das während der Pandemie bei 39 % der Befragten lag, hat sich zwar auf 18 % reduziert, erreicht jedoch noch immer nicht das präpandemische Niveau von 14 %.⁶

Die Zahlen unterstreichen die Notwendigkeit politischer Maßnahmen zur Stärkung der mentalen Gesundheit junger Menschen und gegen Einsamkeit. Der Bundesjugendring begrüßt, dass der Koalitionsvertrag der 21. Legislaturperiode die Erarbeitung einer Strategie zur Stärkung der mentalen Gesundheit junger Menschen sowie Maßnahmen zur Einsamkeitsbekämpfung vorsieht.

Der Bundesjugendring fordert, dass junge Menschen und ihre Interessenvertretungen systematisch in die Entwicklung politischer Strategien zur Förderung der mentalen Gesundheit und der Bekämpfung von Einsamkeit einbezogen werden. Politische Maßnahmen sollten insbesondere darauf ausgerichtet sein, Gesundheits- und Jugendpolitik enger miteinander zu verzahnen, die psychotherapeutische Versorgung für junge Menschen nachhaltig zu verbessern und bestehende Strukturen wie die Jugendverbandsarbeit zu stärken. Diese haben sich als wesentlich für die Förderung der Resilienz junger Menschen und die Prävention von Einsamkeit erwiesen.

4. Digitalisierung während und nach der Pandemie

Die COVID-19-Pandemie hat einen signifikanten Digitalisierungsschub ausgelöst. Laut der DAK-Gesundheit stieg die durchschnittliche tägliche Nutzung sozialer Medien von 116 Minuten im Jahr 2019 auf 193 Minuten im Jahr 2020.⁷ Diese Entwicklung unterstreicht, wie wichtig digitale Räume für die soziale Vernetzung junger Menschen während der Pandemie wurden. Durch die Kontaktbeschränkungen hatten digitale Medien die zentrale Funktion, Kommunikation und Austausch mit Gleichaltrigen zu ermöglichen und Freundschaften zu pflegen. Jedoch hat die zunehmende Digitalisierung auch Fragen zum Schutz junger Menschen im digitalen Raum aufgeworfen. Aktuelle Debatten um Social-Media-Verbote greifen dabei zu kurz, da sie die zunehmende Bedeutung dieser Räume im Leben junger Menschen und die Notwendigkeit der digitalen Teilhabe nicht hinreichend berücksichtigen. Die berechtigte Sorge um den Schutz vor unangemessenen Inhalten darf nicht dazu führen, dass junge Menschen pauschal von diesen Plattformen ausgeschlossen werden. Scharfe Altersgrenzen und verpflichtende Altersverifikationen zeigen sich als wenig wirksam und führen vielmehr dazu, dass junge Menschen von wichtigen digitalen Räumen ausgeschlossen werden. Gleichzeitig vernachlässigen sie das notwendige

⁶ https://www.uke.de/allgemein/presse/pressemitteilungen/detailseite_174656.html

⁷ <https://caas.content.dak.de/caas/v1/media/12654/data/e364341b499ec01105a44cdd5eed6f97/dak-studie-gaming-social-media-und-corona.pdf>

Gleichgewicht zwischen Schutz- und Teilhaberechten junger Menschen, wie es in der UN-Kinderrechtskonvention verankert ist.

Der Bundesjugendring fordert den Bund auf, die digitale Teilhabe junger Menschen durch die Umsetzung des Prinzips „Safety by Design“ zu sichern, wobei Plattformbetreiber digitale Räume so gestalten müssen, dass Schutzmaßnahmen integriert sind, ohne die Teilhabe der jungen Nutzer*innen unverhältnismäßig einzuschränken. Es bedarf effektiver Jugendschutzfilter, die junge Menschen vor unangemessenen Inhalten schützen, ohne ihre digitale Teilhabe zu blockieren. Zudem müssen niederschwellige, transparente Melde- und Beschwerdewege geschaffen werden, die es jungen Menschen ermöglichen, schnell auf problematische Inhalte zu reagieren. Darüber hinaus ist es notwendig, dass die Sicherheit und der Datenschutz junger Menschen im digitalen Raum Vorrang vor den kommerziellen Interessen der Plattformbetreiber haben, insbesondere in Bezug auf personalisierte Werbung.

Berlin, der 21.04.2026